

**Motion Fraktion AL/GPB-DA/PdA+ (Mess Barry, parteilos/Daniel Egloff, PdA):
Bessere Unterstützung von Migrantinnen und Migranten beim Spracherwerb; Begründungsbericht**

In der Stadtratssitzung vom 10. November 2016 wurde die folgende Motion als Richtlinie erheblich erklärt:

Die Integration in der Schweiz stellt Migrantinnen und Migranten vor grosse Herausforderungen. Jedoch ist das Beherrschen einer Landessprache die Grundvoraussetzung um sich an einem Ort zu integrieren d.h. um sich mit den Nachbarn auszutauschen, um mit den Lehrpersonen der eigenen Kinder zu sprechen, um beruflich weiter zu kommen...

Gerade für letzteres reichen rudimentäre und rein mündliche Sprachkenntnisse nicht aus. Die Arbeitgeber verlangen Deutschkenntnisse, welche mindestens dem Niveau B1 und höher entsprechen. Jedoch gibt es keine günstigen Angebote welche über A2 hinausgehen. Die Sprachkurse mit Zertifizierung ab Niveau B1 werden nur von privaten Anbietern angeboten und kosten sehr viel (Bsp: Migros-Klubschule Deutsch B1 ca. Fr. 2220.00). Dies ist gerade für Migrantinnen und Migranten in prekären finanziellen Situationen unbezahlbar. Ein Teufelskreis, der Durchbrochen werden muss. Bildung ist eine staatliche Aufgabe und daher liegt es auch an der öffentlichen Hand dafür zu sorgen, dass der Zugang zu solch grundlegenden Kenntnissen vorhanden ist.

Es ist deshalb unumgänglich, dass die Stadt Bern für fremdsprachige Menschen mit tiefen Einkommen, die in der Stadt Bern wohnen, Deutschkurse bis mindestens Niveau B2 (inklusive Zertifizierung) ermöglicht und zwar nicht nur für SozialhilfeempfängerInnen sondern möglichst niederschwellig.

Begründung für Dringlichkeit

Viele Menschen haben den A1-Deutschkurs abgeschlossen, aber leider verlangt man in Arbeitsmarkt B1 und darum ist es dringend notwendig, dass möglichst schnell B1-Niveau angeboten wird. Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Bern, 18. Juni 2015

Erstunterzeichnende: Mess Barry, Daniel Egloff

Mitunterzeichnende: Christa Ammann, Fuat Köçer, Halua Pinto de Magalhães, Luzius Theiler

Bericht des Gemeinderats

Wie bereits in seiner Antwort vom 16. Dezember 2015 auf die Motion ausgeführt, teilt der Gemeinderat die Ansicht der Motionärinnen und Motionäre, dass gute Deutschkenntnisse elementar für die Integration sind. Um in der Arbeitswelt Fuss zu fassen, sind ausreichende Deutschkenntnisse unabdinglich. Auch in der Berufsbildung sind gute bis sehr gute Deutschkenntnisse eine Voraussetzung. Nicht zuletzt sind gute Deutschkenntnisse auch Grundlage für eine bessere Teilhabe am gesellschaftlichen und sozialen Leben in der Stadt Bern. Die Förderung von erwachsenen Migrantinnen und Migranten beim Erwerb der deutschen Sprache ist deshalb ein zentraler Bestandteil des Schwerpunkteplans Integration 2018 – 2021.

Für die Subventionierung und Steuerung des Sprachkursangebots Deutsch und Französisch (Niveaus/Anzahl/Berücksichtigung der Regionen) ist grundsätzlich der Kanton zuständig. Dieser fördert seit Anfang der 1990er-Jahre niederschwellige Sprachkurse für bildungs- und situationsbe-

dingt benachteiligte Ausländerinnen und Ausländer, seit 2006 stützt sich diese Förderung auf das Berufsbildungsgesetz des Kantons Bern (BerG). Die Zielgruppen der kantonalen Sprach-/Grundkompetenzförderung sind spät zugewanderte Erwachsene, die keinen Zugang zu den Regelstrukturen der Bildung haben, wirtschaftlich benachteiligt sind sowie über keine oder geringe Kenntnisse der lokalen Amtssprache verfügen. In diesem Rahmen werden bisher jährlich rund 4 000 Teilnehmende mit 40 000 Kursstunden (in Kursgruppen) bei rund 30 Anbietenden (Volkshochschulen, spezialisierte Organisationen, Gemeinden) gefördert. Diese erstrecken sich von Niveau A1 bis B2 und richten sich an Nicht-Alphabetisierte, Bildungsungewohnte und Bildungsge-wohnte. Um den aus verschiedenen Gründen festgestellten Mehrbedarf nachzukommen, hat der Kanton die für die Sprachförderung bereitgestellten Mittel ab 2017 um zwei Millionen erhöht. Für die Sprachförderung ist beim Kanton aktuell ein jährliches Kostendach von CHF 10 600 000.00 budgetiert.

Das im Jahr 2016 unter der Federführung der Erziehungsdirektion (ERZ) gestartete kantonale Projekt zur interdirektionalen Koordination der Sprachförderung im Migrationsbereich (iDiKo-S) hat zum Ziel, die Sprachförderung unter einem Dach zu vereinen (Kursangebote und Zielgruppen) und die Steuerung und Subventionierung zu bündeln. Vor dieser Bündelung war die Sprachförderung für unterschiedliche Zielgruppen (Asylbereich, vorläufig Aufgenommene, anerkannte Flüchtlinge, Sozialhilfebeziehende, Erwerbslose sowie weitere Personen des Migrationsbereichs) bei verschiedenen kantonalen Direktionen angesiedelt. Die Stadt Bern ist mit dem Kompetenzzentrum Integration als Mitglied des Fachrats für Weiterbildung der ERZ an iDiKo-S beteiligt.

Mit dem Start des Projekts iDiKo-S hat die ERZ auch eine Web-Plattform entwickelt, welche sowohl subventionierte als auch nicht subventionierte Sprachkurse in Deutsch und Französisch anzeigt. Dieses Webportal dient Privatpersonen aber auch Beratungsstellen, Sozialdiensten oder Einwohnergemeinden, Sprachkurse für das richtige Niveau und mit den passenden zeitlichen Rahmenbedingungen zu finden. Das Web-Portal ermöglicht eine zentrale Suche der Sprachkurse und eine hilfreiche Filterung der Ergebnisse nach den persönlichen Vorstellungen und (finanziellen) Bedingungen. Die Web-Plattform wurde im ersten Quartal 2016 aufgeschaltet und seither laufend ausgebaut; sie wird rege genutzt.

Aus Sicht der Stadt Bern ist das folgende Fazit zu ziehen: Es gibt zwar sehr viele Deutschkurse für diverse Niveaus und Anspruchsgruppen. Trotz den Subventionen des Kantons sind die Kosten aber immer noch zu hoch. In der Stadt Bern sind insbesondere subventionierte Kurse mit tiefem Niveau ausreichend vorhanden. Für Personen mit tiefem Einkommen sind die Kosten dennoch zu hoch. Weiter zeigt sich, dass in der Stadt Bern auch im hochqualifizierten Bereich ausreichend Kurse auf den Niveaus B2, C1 und C2 bestehen. Jedoch ist die Finanzierung von solchen weiterführenden Kursen in höheren Deutschniveaus für viele Migrantinnen und Migranten ein grosses Problem, da diese Kurse nicht subventioniert und entsprechend teuer sind. Die hohen Kosten erschweren den Besuch von weiterführenden Kursen. Neben den kostenpflichtigen Angeboten wird das Angebot in der Stadt Bern erweitert durch Kurse, welche von Freiwilligen, den Kirchen und anderen Institutionen kostenlos angeboten werden.

Der Gemeinderat hat daher in dem im Dezember 2017 verabschiedeten Schwerpunkteplan Integration 2018 – 2021 als Ziel Nr. 1 folgendes vorgesehen: «Die Stadt bietet finanzielle Unterstützung für den Besuch von bedarfsgerechten Deutschkursen». Die Erreichung dieses Ziels hat hohe Priorität. Derzeit werden die Eckpunkte für ein Projekt mit geplantem Start Mitte 2019 ausgearbeitet. Das Projekt beinhaltet eine genaue Definition der Zielgruppe, die Auswahl einer einfachen, niederschweligen Finanzierungsform sowie die Verhandlungen mit möglichen Partnerinstitutionen, welche Sprachkurse anbieten. In der Umsetzung dieses Projekts für die Finanzierung von Deutschkursen sollen die Abläufe und Prozesse möglichst niederschwellig und barrierefrei ausgestaltet werden.

Zusätzlich sollen Massnahmen erarbeitet werden, welche non-formale Lernformen für den Erwerb von Deutschkenntnissen fördern. Diese Zielsetzung entspricht dem Ziel Nr. 2 des Schwerpunkteplans Integration 2018 – 2021: «Angebote der Stadt oder anderer Trägerschaften für den Erwerb von Deutschkenntnissen durch non-formale oder andere als schulische Lernformen werden unterstützt oder entwickelt». In den letzten zwei Jahren konnten in diesem Bereich mit aufgrund eines Vorstosses des Stadtrats während den Sommerferien durchgeführten Deutschkursen im Freibad Weyermannshaus bereits positive Erfahrungen gemacht werden.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Die Kosten für das Pilotprojekt belaufen sich voraussichtlich auf Fr. 200 000.00 und werden beim finanzkompetenten Organ beantragt. Die Kostenfolgen für die definitive Umsetzung der Ziele 1 und 2 des Schwerpunkteplans Integration 2018 – 2021 werden noch ermittelt und anschliessend dem finanzkompetenten Organ vorgelegt. Die Umsetzung erfolgt mit den bestehenden personellen Ressourcen. Es sind keine zusätzlichen Stellenprozente vorgesehen.

Bern, 24. Oktober 2018

Der Gemeinderat